

Aus dem Landtage.

Bei der Beratung des Kapitels Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts kam es zu jener langen Schuldebatte, die wir bereits besprachen.*) Wir geben sie gekürzt nach der Leipziger Zeitung.

Abg. Uhlig (soz.): Es sei aus dem Bericht schon hervorgegangen, daß die Genehmigung dieses Kapitels in der Deputation gegen 5 Stimmen erfolgt sei. Es seien das die Stimmen seiner Fraktionsfreunde, und er habe zu erklären, daß sie auch im Plenum gegen das Kapitel stimmen würden. Er dürfe der Einfachheit halber wohl gleich hinzufügen, daß sie auch gegen die beiden folgenden Kapitel stimmen würden. Er müsse sagen, daß, soweit es das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts betreffe, sie nur mit einem gewissen Bedauern dagegen stimmten, weil sie ja mit der Kultusverwaltung auch zugleich die Unterrichtsverwaltung ablehnten. Aber sie seien nicht dafür verantwortlich, daß diese beiden Angelegenheiten in eine Verwaltung gelegt worden seien, daß man einen Zustand geschaffen habe, der, sachlich genommen, als ein großer Widersinn bezeichnet werden müsse. Denn es sei ein Unding, die Kultusangelegenheiten und die Unterrichtsangelegenheiten in eine Hand zu legen, zwei Dinge, die voneinander grundverschieden seien. Es sei ganz unverkennbar, daß in kirchlichen Kreisen eine sehr starke Gegnerschaft gegen die Bildung bestehe, daß man sogar von einer Bildungsfeindlichkeit reden könne. Vor einiger Zeit habe z. B. der Domherr Dr. Pichler, der bekannte bayerische Abgeordnete, gesagt: Je unterrichteter einer von der Schule kommt, desto größer ist nachher der Lump. Er wolle nicht behaupten, daß unsere sächsische Kultusverwaltung und Unterrichtsverwaltung in diesem Maße bildungsfeindlich sei, aber ganz offenbar sei auch unsere Unterrichtsverwaltung von kirchlichen Interessen beeinflusst.

Die Thronrede habe drei Gesetzentwürfe auf dem Gebiete des Bildungswesens angekündigt. Zwei seien ja bereits durchberaten, und es stehe nur noch der Gesetzentwurf aus über die höhere Mädchenbildung. Daran anschließend möchte er ein Wort dafür einlegen, daß man auch die Ausbildung des Mädchenfortbildungsschulwesens mit der größten Liebe im Auge behalten möchte. Er möchte vor allen Dingen auch darum bitten, daß man bei der Neugestaltung des Volksschulgesetzes darauf Bedacht nehme, daß die Möglichkeit, zu der höheren und höchsten Bildungsgelegenheit zu gelangen, auch für alle Kinder geschaffen werde, gleichviel, ob sie zahlungsfähig seien oder nicht, daß durch organischen Aufbau das Aufsteigen aus der niederen Schulart in die höhere Schulart möglich gemacht werde. Seine Partei wünsche, daß durch die Volksschulreform ein Institut aufgebaut werde für die Menschenbildung im besten Sinne des Wortes, ein Institut, das nicht unterscheide nach der Zahlungsfähigkeit und auch nicht nach der Konfession, das nicht sein Genüge darin finde, den Kindern ein gewisses Maß äußerlicher Fähigkeiten und die nötige Portion Religion einzudrillen, sondern das sich auch bemühe, den Verstand, die Urteilskraft und den Charakter der Kinder und ihr sittlich-soziales Gefühl zu bilden, das auch darauf bedacht sei, durch die Schule die Schaffung und Klärung, wie auch die Fähigkeit zum Genuß der idealen Güter unseres Volkes zu bringen. Der Kultusminister habe in der allgemeinen Etatsberatung eine Aufstellung darüber gemacht, daß in bezug auf die Aufwendungen des Staates für das Schulwesen pro Kopf der Bevölkerung Sachsen an der Spitze marschiere. Er wolle aber darauf hinweisen, daß er dabei nicht allein die Volksschulen, sondern auch die Hochschulen und alle anderen Schulen einbezogen habe, also diejenigen Schularten, die heute im allgemeinen für die Zahlungsfähigkeit reserviert seien. Wenn man das Exempel für die Volksschulen allein machen würde, so würde das Bild

etwas anders aussehen. Nun sei es damals aufgefallen, daß der Kultusminister darauf hingewiesen habe, daß ihm diese Aufstellung aus dem Finanzministerium zugegangen sei. Er habe bis dahin immer gemeint, daß das Kultusministerium in der Lage sei, selbst derartige Statistiken zu führen, und es habe jene Angabe auf ihn den Eindruck gemacht, als hätte der Herr Finanzminister den Herrn Kultusminister wollen wissen lassen: Höre, die Geschichten werden mir mit der Zeit doch zu teuer! In dieser Auffassung bestärke ihn die Tatsache, daß der Kultusminister bei der Beratung des Dekrets über die Nadelarbeitslehrerinnen im Verein mit dem Finanzminister die Übernahme der Pensionslasten auf den Staat bekämpft habe. Es habe sich aber im Laufe der Beratungen über das betreffende Dekret herausgestellt, daß der Kultusminister nicht einmal einen formellen Antrag bei dem Finanzministerium auf Übernahme dieser Lasten gestellt habe. Er möchte doch wünschen, daß das Kultusministerium gegenüber dem Finanzministerium etwas mehr Rückgrat zeige. Das werde allerdings so lange nicht eintreten, als es der Regierung und speziell dem Kultusministerium um den Beifall der rechten Seite dieses Hauses zu tun sei; denn die Politik der rechten Seite dieses Hauses sei mehr eine Sparpolitik als eine rechte Bildungspolitik. In bezug auf die Aufwendungen für Kultus- und Unterrichtszwecke habe der Finanzminister bei der allgemeinen Vorberatung auch auf die große Steigerung der Lasten hingewiesen und, wie bereits im Jahre 1904, mit Vergleichen operiert, die der Herr Oberbürgermeister Dr. Georgi angestellt hatte. Mit diesen Ausführungen des Finanzministers und auch mit denen des Kultusministers beschäftigte sich die Leipziger Lehrerzeitung in ihrer Nummer vom 15. Dezember. Darin heiße es: Der Kultusminister habe im Anschluß an jene Ausführungen des Herrn Finanzministers gesagt:

„Von verschiedenen Seiten des hohen Hauses ist mit Recht betont worden, daß die Lasten der Schulgemeinden innerhalb dieser zehn Jahre sehr erheblich gestiegen sind und daß die Schulgemeinden darunter seufzen. Aber auf der anderen Seite darf nicht geleugnet werden, daß die Lasten für den Staat in dieser Zeit enorm gewachsen sind und insbesondere auch die für das Unterrichtswesen.“

Und weiter heiße es dann:

„Es mußte sich also der Staat pflichtgemäß fragen, inwieweit seine Schultern kräftig genug sind, grundsätzlich noch neue Lasten auf sich zu nehmen, ohne die Steuer-schraube anzuziehen.“

Und zum Schluß heiße es:

„Ich glaube, wer sich diese Zahlen vergegenwärtigt, der muß zugestehen, daß unser Staat zu tun bemüht ist, was überhaupt möglich ist, um unser Volksschulwesen auf der Höhe zu erhalten.“

Dazu bemerke die „Leipziger Lehrerzeitung“, daß der Chef des Kultusministeriums der Überzeugung sei, daß das Vaterland in dieser Beziehung an der äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen sei, und sie sage, das sei ein unerfreulicher Ausblick für alle, die ihre Lebensarbeit auf dem Boden der Schule gefunden hätten. Man sehe auch, wie der heutige Kultusminister sich die Anschauungen des Finanzministers zu eigen mache, und die „Leipziger Lehrerzeitung“ nehme daraus Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der Vorgänger des heutigen Kultusministers, Herr v. Seydewitz, in dieser Beziehung etwas anderer Meinung gewesen sei, daß er sich sogar nicht gescheut habe, hier in der Kammer den Ausführungen des Finanzministers entgegenzutreten, indem er gesagt habe:

„Es muß jetzt ganz gewiß unsere erste und ernsteste Pflicht sein, auf eine gesunde Gestaltung unserer finanziellen Verhältnisse hinzuwirken. Aber ich würde es für unrichtig halten, wenn wir, um dieses Ziel zu erreichen, in der Fürsorge für unsere Schulen, für die Volksschule, Mittel-

*

*) Vgl. vorige Nummer der Sächsischen Schulzeitung.